

Antrag A.3

1 **Antragsteller:** zeitweilige Projektgruppe „Wohnungspolitik“ (Odette Gleiniger, Annett
2 Graebner, Michael Granitz, Juliane Nagel, Dietmar Pellmann und Siegfried Schlegel)

3 **Beschlussvorschlag:**

4 Der Stadtparteitag bestätigt das von der Projektgruppe eingereichte Konzept zur Erarbeitung
5 neuer Wohnungspolitischer Leitlinien mit den beschlossenen Ergänzungen und den Zeitplan
6 für die wohnungspolitischen Aktivitäten im Stadtverband 2016

Konzept zur Erarbeitung neuer Wohnungspolitischer Leitlinien des Stadtverbandes

9 Diskussionsstand 5. März 2016 zur Fortschreibung der Wohnungspolitischen Leitlinien des
10 Stadtverbandes Leipzig der Partei DIE LINKE

11 **„Für sozial gerechtes Wohnen in Leipzig“**

1. Präambel

13 Für die Partei DIE LINKE war und ist das Recht auf Wohnung ein Menschenrecht. Seit 1991
14 haben sich auch in Leipzig der PDS-Stadtverband und die PDS-Fraktion in der
15 Stadtverordnetenversammlung und ab 1994 im Stadtrat aktiv dafür eingesetzt, dass
16 Wohnungen langfristig sowohl für Mieter und Genossenschaftsmitglieder bezahlbar und für
17 Vermieter wirtschaftlich sind. Wie in der Bundes- und Landespartei gehörten die
18 Politikbereiche Wohnen und Wohnungsbau von Anfang an zu den Schwerpunkten unserer
19 konzeptionellen und praktischen Tätigkeit in Leipzig. Dafür sprachen sowohl die
20 „Wohnungspolitischen Leitlinien des PDS-Stadtverbandes Leipzig“ unter der Hauptüberschrift
21 „Für bezahlbares und sicheres Wohnen“ als auch die entsprechenden Passagen in den
22 jeweiligen Wahlprogrammen zu den Kommunalwahlen.

23 Auf den Erhalt und die Schaffung langfristig bezahlbarer Wohnungen für alle müssen auch der
24 bedarfsdeckende Neubau sowie die Sanierung und Modernisierung von Wohnungen in Leipzig
25 angelegt sein. Nach Jahren dramatischen Bevölkerungsrückgangs, einhergehend mit großem
26 Wohnungsleerstand in unserer Stadt, waren die Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung
27 und in den nachfolgenden Jahren dynamisches Bevölkerungswachstum für die
28 Stadtratsfraktion DIE LINKE Anlass, 2009 und 2013 durch Anträge die Aktualisierung der
29 städtischen Wohnungspolitik zu initiieren.

2. Zur wohnungspolitischen Situation in Leipzig

- 31 • Rahmenbedingungen im Vergleich mit anderen Großstädten,
- 32 • Angaben zur Eigentümerstruktur,
- 33 • soziale Ausdifferenzierung in verschiedenen Stadtteilen,
- 34 • Entwicklung des Wohnungsbestandes unter Beachtung des Verhältnisses von Angebot
35 und Nachfrage,
- 36 • Verweis auf Defizite, insbesondere bei der Bereitstellung von Wohnraum für Menschen
37 mit niedrigem Einkommen, Einelternfamilien und Singlehaushalte,
- 38 • Entwicklung der Zahl derer, die auf soziale Leistungen (Hartz IV, Altersgrundsicherung,
39 Asylbewerber, Wohngeld) angewiesen sind.

3. Zu erwartende Trends und sich daraus ableitende Herausforderungen

Antrag A.3

- 41 • Bevölkerungswachstum dürfte weiter auf Kosten des ländlichen Raumes anhalten,
42 wobei ungebremster Anstieg nicht von vornherein positiv, sondern mit zahlreichen
43 Problemen verbunden ist.
- 44 • Neben der Notwendigkeit neu geschaffener Wohnungen ergeben sich gewaltige
45 Anforderungen für das Wohnumfeld und die gesamte Infrastruktur (Schulen,
46 Kindertagesstätten, Kultur- und Freizeitangebote, Gesundheits- und
47 Pflegeeinrichtungen sowie eine Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur , was nur
48 durch Bevorrechtigung des Öffentlichen Personennahverkehrs, ein barrierefreies
49 Fußwegnetz und nachrangig Radverkehrsanlagen vor Wirtschafts- und
50 Individualverkehr umsetzbar ist.
- 51 • Die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber wird auf hohem Niveau bleiben oder sich
52 sogar noch rasanter entwickeln. In absehbarer Zeit werden Plätze in den
53 Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes sowie kommunalen Sammelunterkünften in
54 ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Aufgrund der hohen Bleibezahl werden aber
55 dauerhaft immer mehr Wohnungen benötigt.
- 56 • Trotz Zuwanderung vor allem jüngerer Menschen und Geburtenüberschuss gegenüber
57 den Sterbefällen nehmen auch die Zahl und der Anteil der älteren Menschen durch ein
58 höheres Lebensalter und Zuzug auch dieser Bevölkerungsgruppe zu, was erhebliche
59 Anforderungen an eine soziale Infrastruktur im Interesse älterer Menschen stellt.
- 60 • Die Leipziger Ortsteile werden sich weiterhin unterschiedlich entwickeln, was einer
61 notwendigen Gegensteuerung bedarf.

62 4. Grundprinzipien linker Wohnungspolitik

- 63
- 64 • In diesem Abschnitt sollen auch in der Kommunalpolitik die prinzipiellen Unterschiede
65 zu den anderen Parteien und damit die Eigenständigkeit der LINKEN herausgestellt
66 werden, ebenso die zum Teil gravierenden Veränderungen der letzten Jahre sowie die
67 neuen Herausforderungen,
68
- 69 • Dabei geht es u. a. um solche Grundprinzipien linker Wohnungspolitik wie:
70
- 71 - Wohnen ist ein unverrückbares Menschenrecht, weshalb für alle menschenwürdige
72 Wohnbedingungen gesichert werden müssen, was erheblich größere Anstrengungen
73 für sozialen und barrierearmen sowie bedarfsgerecht barrierefreien Wohnungsbau
74 erfordert.
- 75 - Wohnen und insbesondere Wohnungsneubau sowie die begleitende Infrastruktur
76 haben in viel stärkerem Maße Rücksicht auf Naturressourcen und Umweltstandards zu
77 nehmen.
- 78 - Unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse der Menschen an die Wohnung sind zu
79 beachten, insoweit diese nicht gegen das Allgemeinwohl der Gesamtgesellschaft
80 gerichtet sind.
- 81 - Das Entgegenwirken sozialer Ausdifferenzierungen in den Stadtteilen sowie die
82 Verhinderung von Gentrifizierung ist ein wichtiges Anliegen.
- 83 - Wohnen darf auch unter kapitalistischen Bedingungen nicht zum ausschließlichen
84 Wirtschaftsgut und damit zum Spekulations- und Bereicherungsobjekt verkommen,
85 weshalb die Rolle als Sozialgut gestärkt werden muss.
- 86 - Dies ist auch bei einem kapitalistischen Wohnungsmarkt möglich, wenn sich
87 gemeinnützig agierende Wohnungsgenossenschaften und die LWB in allen

Antrag A.3

- 88 Stadtbezirken engagieren, ihre Wohnungsbestände ausbauen und auf Verkäufe von
89 Wohnanlagen verzichten.
- 90 - Um das Eigentum an Wohnungen in den Händen der Stadt und damit auch der hier
91 lebenden Menschen auszubauen, sollen auch aktiv Wohnungen aus Privatbesitz
92 gekauft werden.
- 93 - Wir unterstützen die Bildung von Ankaufträgern, den Ankauf von Wohnbauflächen, ein
94 Flächenmanagement zwischen Stadt und Wohnungsunternehmen, ein
95 Beratungsmanagement zur Eigentumsbildung, Mietermodernisierung und
96 Kleingenossenschaften, aber ebenso einen revolvierenden Stadtentwicklungsfonds zur
97 Vorfinanzierung von Projekten.
- 98 - Mittelfristig möchten wir, dass die Stadt Leipzig aktiv Wohnbauflächen erwirbt und
99 darüber hinaus grundsätzlich keine Grundstücke mehr verkauft, sondern diese nur
100 noch verpachtet.
- 101 - Auch wenn uns einzelne Ziele des Konzeptes des neuen Wohnungspolitischen
102 Konzeptes nicht weit genug gehen, ist wichtig, dass es von der Wohnungswirtschaft in
103 Gänze mitgetragen und zusammen mit der Stadt umgesetzt wird.

104 **5. Wohnungspolitische Ziele und sich daraus ergebende Aktivitäten der Leipziger** 105 **LINKEN**

- 106
- 107 • In diesem Hauptabschnitt der Wohnungspolitischen Leitlinien müssen alle relevanten
108 Teilbereiche von Wohnungspolitik aufgenommen werden sowie tangierende Bereiche,
109 um die Komplexität der Gesamtsicht zu wahren.
- 110
- 111 • Kritisch zu würdigen ist das vom Stadtrat kürzlich verabschiedete Wohnungspolitische
112 Konzept der Stadt Leipzig.
- 113
- 114 • Wie konkret die alternativen Vorschlagsangebote sein werden, hängt wesentlich von
115 der Einbeziehung unserer Mitglieder und Sympathisanten in einen intensiven
116 Diskussionsprozess ab.
- 117
- 118 • Die zu diskutierenden Ziele linker Wohnungspolitik in Leipzig könnten sein:
- 119
- 120 - Der Wohnungsneubau sowie Sanierung und Modernisierung müssen auf die
121 Bedarfsdeckung von preiswerten, für alle langfristig bezahlbaren Wohnungen in
122 Leipzig angelegt sein. Statt kurzzeitig billiger Wohnungen sollen diese langfristig
123 sowohl für Mieter und Genossenschaftsmitglieder erschwinglich und für Vermieter
124 wirtschaftlich sein.
- 125 - Unsere Landtagsfraktion soll sich zusammen mit den Fraktionen der demokratischen
126 Parteien gemeinsam im Landtag dafür stark machen, dass, wie in den anderen
127 Bundesländern, auch für Sachsen ein Wohnungsbauprogramm zum sozialen
128 Wohnungsneubau zeitnah initiiert werden soll.
- 129 - Wir werden uns in die Debatte auf Landesebene über die Entwicklung nachhaltiger
130 Formen der sozialen Wohnungsbauförderung einbringen, damit verhindert werden
131 kann, dass die Mietpreisbindungen nach dem jeweiligen Förderzeitraum auslaufen und
132 das Mietniveau steigt.
- 133 - Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) soll unter Beibehaltung der
134 erreichten wirtschaftlichen Stabilität komplexer Sanierungsmaßnahmen in inner- und

Antrag A.3

- 135 randstädtischen Wohnsiedlungen forcieren. Auch Wohnungsneubau, vorrangig auf
136 eigenen und innerstädtischen Grundstücken sowie zur Arrondierung von
137 Stadtstrukturen durch Lückenschließung soll wieder stattfinden. Die LWB prüft die
138 Übernahme von ihr nicht verwalteten, aber im städtischen Besitz befindlichen
139 Wohnanlagen und Mehrfamilienhäusern in ihren Bestand. Geschäftsführung und
140 Aufsichtsrat der LWB sollen dazu die Unternehmensstrategie fortschreiben.
- 141 - Die gemeinnützig agierenden Wohnungsbau-Genossenschaften und die LWB sollen
142 sich mit Wohnungsangeboten in allen Stadtbezirken engagieren,
 - 143 - Die Stadt Leipzig soll ein Programm auflegen, welches dafür wirbt, Wohneigentum und
144 Grundstückseigentum an die Stadt bzw. die Eigenbetriebe/stadteigenen
145 Gesellschaften zu vererben. Ein solches Programm soll Anreize für einen solchen
146 Schritt schaffen und in entsprechenden Zielgruppen für einen solchen Schritt werben.
 - 147 - Parallel zur Fortschreibung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten entwickeln
148 Verwaltung, Stadtrat und Stadtgesellschaft eine gemeinsame Strategie/Charta zur
149 nachhaltigen Integration von dauerhaft bleibenden Asylbewerbern in Leipzig für
150 Wohnen, Arbeit, Bildung, Kultur und Sport sowie soziale Teilhabe. Außerdem werden
151 die Informationssysteme ohne Sprachbarrieren so ausgebaut, damit gleichberechtigt
152 allen Asylbewerbern ermöglicht wird, die Teilhabemöglichkeiten kennenzulernen.
 - 153 - Uneingeschränkte Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zu Konzeptverfahren bei der
154 Veräußerung städtischer Liegenschaften, wobei dem Erbpachtverträgen der Vorrang
155 einzuräumen ist.

156 **Zeitplan für die wohnungspolitischen Aktivitäten im Stadtverband 2016:**

- 157 – 5. März: Beschlussfassung zum Konzept für die Erarbeitung der Wohnungspolitischen
158 Leitlinien auf der 1. Tagung des 5. Stadtparteitages (VA: Projektgruppe)
- 159 – April: auf der Beratung der Ortsvorsitzenden wird das Instrumentarium zur
160 wohnortnahen Analyse der Wohnsituation in den Stadtbezirken vorgestellt (VA:
161 Projektgruppe)
- 162 – Mai: Beschluss zur Kampagne „Für sozial gerechtes Wohnen in Leipzig“ (VA:
163 Stadtvorstand, Projektgruppe)
- 164 – Anfang Juni: Vorstellung des Entwurfs der Wohnungspolitischen Leitlinien und Beginn
165 der innerparteilichen Debatte (VA: Projektgruppe)
- 166 – Anfang Juli: Basiskonferenz zur Diskussion des Entwurfs und zum Stand der
167 wohnortnahen Analyse (VA: Stadtvorstand, Stadtbezirksverbände, Projektgruppe)
- 168 – September: Zwischenbilanz der Kampagnenführung (VA: Stadtvorstand,
169 Projektgruppe)
- 170 – Oktober: Fertigstellung des überarbeiteten Entwurfs der Wohnungspolitischen
171 Leitlinien (VA: Projektgruppe)
- 172 – November: Verabschiedung der Wohnungspolitischen Leitlinien auf der 2. Tagung des
173 5. Stadtparteitages (VA: Stadtvorstand, Projektgruppe)
- 174 – Dezember: Zeitpuffer